Beschlussfassung I01, Landesparteitag Die Linke Baden-Württemberg, 18.10.25

Arbeitsplätze und Klima retten
Produktion raus aus Unternehmerhand
Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion

Der Grund für die Krise der Autoindustrie ist die weltweite Überproduktion von Autos. Diese Überproduktion wird verursacht durch das chaotische kapitalistische System mit seinem Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktion für Profit und Konkurrenzkampf.
Jeder Konzern, jeder Nationalstaat versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Markt zu verteidigen bzw. zu vergrößern.

I. Wir kämpfen

1. Gegen die Abwälzung der Verluste der Krise der Autoindustrie auf die Beschäftigten. Erhalt aller Arbeitsplätze. Keine Absenkung der Löhne.
2. Für eine 30-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung
3. Gegen Steuergelder für greenwashing der Autoindustrie. Keine Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne.
4. Für die Überführung der Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle durch demokratisch gewählte Vertreterinnen aus Belegschaften und Gewerkschaften
5. Für ein Ende der Produktion von ressourcenverschwendenden und klimaschädlichen Autos. Strenge Nachhaltigkeitkriterien und energieeffiziente Antriebe für die Produktion von Autos und LKWs
6. Für einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Autoindustrie auf alternative Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvoll Produkte.
7. Für eine Bürger:innenbahn mit massivem Ausbau der Infrastruktur und mehr und besser bezahltem Personal. Entlassung des Bahnvorstands und Auflösung des Aufsichtsrats und Übernahme der Verwaltung der Bahn durch ein demokratisch gewähltes Komitee aus Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, Bündnis Bahn für alle, Pro Bahn, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 u.a.
8. Für einen Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und massive Absenkung der Tarife im Regional- und Fernverkehr.
9. Für den Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Verteidigung aller Arbeitsplätze, zur Entmachtung der Konzerne wie es § 2, Abs. 4 der IGM-Satzung vorsieht und für eine Verkehrswende im Interesse von Beschäftigten, Klima, Umwelt und Gesellschaft.
10. Für eine sozialistische Demokratie, in der Banken und Konzerne in öffentlichem Eigentum sind und die Beschäftigten durch demokratische Selbstorganisation Wirtschaft und Gesellschaft leiten.